

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Gipfel

G7 unterstützen
China-Kurs der EU
>> 3

Europäisches Semester

Kommission dringt auf
Rückführung der
Energiehilfen
>> 4

Kampf gegen Waldbrände

EU verdoppelt Zahl der
Löschflugzeuge
>> 5



Mindestens 42,5 Prozent soll der Anteil von Wind, Wasser und Sonne bis 2030 am Energie-Mix der EU betragen. So sieht es der Ausbau der Erneuerbaren in der Energieoffensive REPowerEU vor.

© Shutterstock

■ GELDWERTSTABILITÄT

Von der Leyen würdigt Arbeit der Europäischen Zentralbank

Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deren Wirken gelobt. Die Präsidentin sagte bei einer Feierstunde in Frankfurt am Main: „25 Jahre EZB bedeuten nicht nur 25 Jahre lang Wohlstand und Stabilität. Die EZB steht auch exemplarisch für die Stärke Europas, als Einheit zu handeln.“

Die EZB nahm ihre Arbeit am 1. Juni 1998 auf, gut dreieinhalb Jahre vor der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung Euro 2002 als Zahlungsmittel. Seither ist die Zahl der Eurostaaten von elf auf zwanzig gewachsen.

[EZB-Jubiläum](#)

■ 1 JAHR REPOWEREU

EU baut erneuerbare Energien aus

Vor einem Jahr hatte die Kommission das Energieprogramm REPowerEU vorgelegt, das erneuerbare Energien voranbringen und Europa von fossiler Energie aus Russland unabhängiger machen soll – EU-Energiekommissarin Kadri Simson zieht jetzt ein positives Zwischenfazit. Simson sagte in einer [Videobotschaft](#): „Welch ein Unterschied innerhalb eines Jahres: Gemeinsam haben wir uns aus der Energieabhängigkeit von Russland befreit.“

Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, bilanzierte: „Erneuerbare Energien werden die Zukunft Europas stärken und durch die Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe zu unserer Energiesouveränität beitragen.“

NACHHALTIGE ENERGIE

Die EU-Kommission hatte das Programm [REPowerEU](#) für nachhaltige und erschwingliche Energie im Mai vergangenen Jahres nach dem russischen Überfall auf die Ukraine aufgelegt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte dazu erklärt: „Je früher wir auf erneuerbare Energien und Wasserstoff in Verbindung mit einer höheren Energieeffizienz umsteigen, desto schneller werden wir wirklich unabhängig und erhalten Kontrolle über unser Energie-System.“ Die Initiative wurde in-

nerhalb weniger Monate von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament gebilligt. Energiekommissarin Simson sagte: „Viele haben bezweifelt, dass dies möglich ist. Aber ein Jahr später ist der Wandel im europäischen Energiesystem spektakulär.“

Eine **Zwischenbilanz** der Initiative in 4 Zahlen:

0 Prozent beträgt derzeit der Anteil von Kohle aus Russland an den Energie-Importen in der EU, 2021 hatte der Anteil noch bei 46 Prozent gelegen. Die Einfuhr von russischem Erdgas ging im gleichen Zeitraum von 50 Prozent auf 8 Prozent zurück, der Anteil russischen Erdöls fiel von 27 Prozent auf 6 Prozent. Möglich wurde dies durch ein weitreichendes Embargo für Kohle, Öl und Erdgas aus Russland, das die Mitgliedstaaten auf Initiative der EU-Kommission vereinbarten.

>>

“
Erneuerbare Energien werden die Zukunft Europas stärken.
 Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission
 ”

Simson lobt Wasserstoff-Projekte in Deutschland

EU-Energiekommissarin Kadri Simson hat die Bedeutung des alternativen Energieträgers Wasserstoff betont. Simson sagte bei einem Besuch in Deutschland: „Wasserstoff ist der Schlüssel zur vollständigen Dekarbonisierung unseres Energiesystems.“ Simson besuchte zum ersten Jahrestag des Programms REPowerEU ein Projekt der Salzgitter AG zur wasserstoffbasierten Stahlproduktion.

Das Projekt wird unter anderem mit 700 Millionen Euro über den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARF) gefördert. Im Rahmen des europäischen Aufbauinstruments „Next Generation EU“ stehen für Deutschland darin Mittel in Höhe von 28 Milliarden Euro zur Verfügung, mit denen der Bund maßgeblich in Projekte zur Bewältigung des Klimawandels und die digitale Transformation investieren kann. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Wasserstoffprojekten. Im Zuge von REPowerEU wurde eine Wasserstoff-Offensive vereinbart. So sollen bis 2030 10 Millionen Tonnen Wasserstoff in der EU hergestellt werden.

>>

Der Slowakei, Ungarn und Tschechien, die über die Druschba-Pipeline russisches Öl beziehen, wurden Übergangsfristen eingeräumt. Deutschland und Polen, die ebenfalls über diese Pipeline versorgt werden, verzichten freiwillig auf russische Öllieferungen. Zugleich wurden Lieferverträge mit anderen Staaten über Flüssiggas (Liquified Natural Gas – LNG) geschlossen, in Deutschland ging unter anderem ein neues Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven in Betrieb.

42,5 Prozent – mindestens – soll der Anteil von Wind, Wasser und Sonne bis 2030 am Energie-Mix der EU betragen. So sieht es der *Ausbau der Erneuerbaren* in der Energieoffensive REPowerEU vor. Im Vorjahr lieferten Wind und Sonne 39 Prozent der Elektrizität in der EU, das sind fünf Prozentpunkte mehr als noch 2019. Damit stiegen nachhaltige Energieträger zur wichtigsten Stromquelle in Europa auf. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, erklärte Simson zum Jahrestag des REPowerEU-Programms. Auch Genehmigungsverfahren, etwa für Windparks, werden im Zuge der Initiative beschleunigt.

17,7 Prozent weniger Erdgas wurden 2022 in der EU verbraucht (Deutschland minus

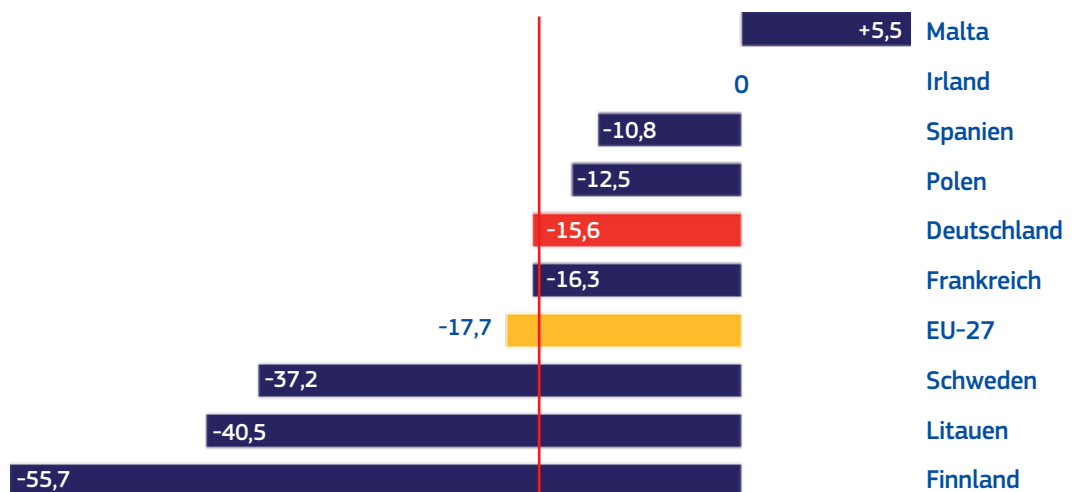
15,6 Prozent), das entspricht rund 50 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland. Die Mitgliedstaaten hatten sich auf Vorschlag der EU-Kommission darauf verständigt, den Gasverbrauch freiwillig um 15 Prozent zu drosseln. Die Initiative soll verlängert werden. Simson warnte: „Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass es einfach wird. Dieses und auch das darauffolgende Jahr werden eine Herausforderung.“ Mitte Mai waren die Gasspeicher in der EU zu rund 63,4 Prozent gefüllt, in Deutschland lag die Quote bei 70,1 Prozent.

90 Prozent muss der Füllstand der Gasspeicher zu Beginn der Heizperiode am 1. November betragen, das sehen die neuen EU-Regeln vor. Die Kommission schlägt vor, mindestens 15 Prozent dieser Gasreserven über eine gemeinsame Plattform einzukaufen. Im Mai schloss die EU-Kommission die erste Ausschreibung zur gemeinsamen Beschaffung von mehr als 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas über den Mechanismus *AggregateEU* ab. Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission, regte nach dem erfolgreichen Bieterverfahren an, das System der gemeinsamen Beschaffung auf den Einkauf von Wasserstoff und kritische Rohstoffe auszuweiten.

Um Haushalte und Unternehmen in Europa zu entlasten, greift seit Jahresbeginn zudem eine Preisobergrenze für Gas. Der Mechanismus kann nach entsprechenden Analysen der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ACER (Agency for the Cooperation of Energy Regulators) und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA aktiviert werden. Im Mai fiel der Gaspreis an der Energiebörse TTF unter 24 Euro je Megawattstunde (MWh) und damit auf den niedrigsten Wert seit Juni 2021. (pr) ■

REPowerEU

Reduzierung des Gasverbrauchs in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten August 2022–März 2023; Angaben in Prozent



Quelle: Eurostat, DG ENER Berechnungen

Reduktionsziel von -15%

■ GIPFEL

G7 unterstützen China-Kurs der EU zur Risikominimierung

Die Wirtschaftsnationen der G7 unterstützten bei ihrem Treffen im japanischen Hiroshima die Strategie der EU, das Risiko der Abhängigkeit von China zu verringern.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Eine Entkopplung von China ist weder tragfähig noch liegt es in unserem Interesse. Die Staats- und Regierungschefs standen einig hinter der Idee, das Risiko zu verringern, aber sich nicht zu entkoppeln.“ Zugleich wurde China aufgefordert, seine Haltung zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu überdenken. „Wir werden China weiterhin aufrufen, den Krieg Russlands nicht zu unterstützen“, sagte von der Leyen. Die Staaten der G7 bekräftigten bei dem Treffen ihren Beistand für die Ukraine. Von der Leyen betonte: „Die G7 unterstützen nachdrücklich seine Anstrengungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Einen Frieden, der die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine wiederherstellt und mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen in

Einklang steht.“ Zugleich gab die EU-Kommission weitere 1,5 Milliarden Euro an Finanzhilfen für die Ukraine frei. Damit stiegen die ausgezahlten Mittel, mit denen unter anderem Löhne und Gehälter für Lehrkräfte und Klinikpersonal bezahlt werden, in diesem Jahr auf insgesamt 7,5 Milliarden Euro.



© European Union, 2023

[G7-Treffen](#)

■ VERPACKUNGSMÜLL

Etikett auf Mehrweg-Bierflaschen reicht

Müssen Mehrweg-Bierflaschen in Deutschland eingeschmolzen werden, wenn die Reformvorschläge der Europäischen Kommission zu neuen Verpackungsregeln umgesetzt werden? Jüngste Presseartikel mit Bezug u.a. auf den Deutschen Brauer-Bund legen das nahe, aber das entspricht nicht den Fakten. Die EU-Kommission schlägt vor, dass künftig jede Verpackung dauerhaft gekennzeichnet sein muss. Etikett und QR-Code reichen aber aus, Flaschen entsprechend zu prägen oder zu gravieren ist nur eine Option. Ablösbare Papieretiketten, die im deutschen Pfandsystem üblich sind, können diese Vorgabe erfüllen.

Der Vorschlag für eine neue Verpackungsgesetzgebung zielt darauf ab, die Wiederverwendung in der EU zu fördern, da Maßnahmen zur Wiederverwendung wesentlich zur Reduzierung von Verpackungsabfällen beitragen. Deshalb werden bestehende erfolgreiche Mehrwegsysteme, wie etwa für Getränkeflaschen in Deutschland, anerkannt und mehr Mitgliedstaaten und Wirtschaftszweige ermuntert, Mehrwegsysteme einzuführen.

[Müllvermeidung](#)

■ WELTRAUMFORSCHUNG

EU fördert Raumfahrtunternehmen in Deutschland

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) beteiligt sich mit 60 Millionen Euro an dem Kapitalgeber Alpine Space Ventures (ASV) in Deutschland. Der in München ansässige Risikokapitalfonds konzentriert sich auf die Förderung von Start-ups im Raumfahrtsektor. Die Finanzierung wird durch das Programm InvestEU und die CASSINI-Förderung des europäischen Raumfahrtprogramms unterstützt, die Investitionen in der Raumfahrtbranche ermöglichen. EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni sagte: „Diese Vereinbarung wird helfen, die Entwicklung neuer Raumfahrttechnologien zu beschleunigen und europäische Unternehmen an

die Spitze dieses sich rasch entwickelnden Sektors zu bringen.“ Über das Programm InvestEU fördert die EU in Deutschland unter anderem den Green Generation Fund, der nachhaltige Unternehmensgründungen unterstützt. So wird in Berlin das Start-up Klim gefördert, das eine nachhaltige Landwirtschaft durch eine Software-Plattform vorantreibt sowie die Rainforest Company, die den Regenwald in Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung durch nachhaltige Anbaumethoden schützt.

[Risikokapital](#)

■ ÜBERSCHWEMMUNGEN

EU startet Hilfen für Hochwassergebiete in Italien

Nach den schweren Überschwemmungen in Italien hat die EU dem Land im Zuge des EU-Katastrophenschutzverfahrens Hilfe zugesagt. Acht EU-Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – stellen Hilfsmaterial wie Hochleistungspumpen zur Verfügung. Das EU-Satellitensystem Copernicus stellte zudem Bilder zur Koordinierung der Rettungsarbeiten bereit. Janez Lenarčič, zuständiger Kommissar für Krisenmanagement, betonte: „Dies ist ein konkretes Beispiel dafür, wie das EU-Katastrophenschutzverfahren konkrete Hilfe leisten kann, wenn sie gebraucht

wird.“ Lenarčič bekundete zugleich sein Mitgefühl für die Opfer der Überschwemmungen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte bei einem Besuch in der Region Emilia-Romagna, es sei schmerzlich, das Ausmaß der Zerstörung und Verwüstung in dieser wirtschaftlich so florierenden Region zu sehen. Schwere Unwetter hatten in Italien zu Hochwasser und Erdbeben geführt.

[Katastrophenhilfe](#)

EU-Kommission dringt auf Rückführung der Energiehilfen

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten ermuntert, die Energiehilfen für Unternehmen und Haushalte bis zum Ende des Jahres abzubauen. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, stellte klar, die Mitgliedstaaten sollten die eingesparten Mittel zum Abbau ihrer Haushalts-Defizite einsetzen.



Valdis Dombrovskis (links) und Paolo Gentiloni auf der Pressekonferenz zum Frühjahrspaket 2023 des Europäischen Semesters.

© European Union, 2023

„Es wird Zeit, sich auf eine umsichtige Haushaltspolitik zu konzentrieren, die besten Investitionen zur Unterstützung des künftigen Wachstums zu tätigen und die EU weltweit wettbewerbsfähig zu halten“, ergänzte Dombrovskis.

Unter anderem schlägt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten vor:

Weniger Energiehilfen: Die EU-Kommission empfiehlt, die Energiehilfen bis Ende 2023 zurückzufahren. Sollten die Preise für Öl, Gas und Strom wieder anziehen, werden zielgerichtete Unterstützungen für einkommensschwache Haushalte angeraten. Im Länderbericht zu Deutschland schlägt die Kommission vor, den Ausbau der Erneuerbaren wie Wind und Sonne zu forcieren und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Die Energieeffizienz in den Bereichen Verkehr, Industrie und Gebäude soll verbessert werden.

Umsichtige Haushaltsführung: Die Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und des russischen Angriffs auf die Ukraine ließen die Staatsausgaben steigen. Die Kommission setzt auf eine Rückkehr zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Unter anderem verweist die Kommission für Deutschland darauf, den Haushalt durch Auslaufen der Energiehilfen zu entlasten und durch eine Verbesserung des Steuermixes Anreize für eine höhere Erwerbstätigenquote zu schaffen.

Wirksame Umsetzung des Aufbaufonds RRF: Insgesamt rund 800 Milliarden Euro stellt die EU bereit, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sowie die Auswirkungen des russischen Angriffs in der Ukraine zu bewältigen. Ein zentrales Förderinstrument ist der Aufbaufonds RRF – Recovery and Resilience Fund. Trotz nötiger Investitionen in Digitalisierung und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft haben die Mitgliedstaaten bislang nur die Voraussetzungen für die Auszahlung von 152 Milliarden Euro geschaffen, davon flossen rund 26,4 Milliarden Euro nach Deutschland. Die Kommission dringt auf mehr Tempo bei der Umsetzung der Aufbaupläne und weite-

rer Kohäsionsprogramme. So soll Deutschland seine Ergänzungen des Aufbauplans erheblich beschleunigen. Zudem verweist die Kommission auf nötige Investitionen in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und den zügigeren Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internets.

Stärkung der Sozialsysteme: Die Inflation treffe vor allem Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen, so Dombrovskis. Die Kommission setzt daher auf eine Stärkung der Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten. Zum Beispiel sinkt in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden Jahren um 3,7 Millionen Beschäftigte. Daher verweist die Kommission auf eine nachhaltige Finanzierung des Rentensystems. Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, setzt die Kommission auf Zuwanderung sowie eine Ausweitung der Weiterbildung, etwa in den Bereichen IT und grüne Technologien.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bewertet die Kommission positiv. Doch wird für Deutschland – ebenso wie für Frankreich, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden und die Niederlande – ein makroökonomisches Ungleichgewicht festgestellt. Steigende Energiepreise verringerten aber Deutschlands Handelsüberschuss. Die Kommission könnte deshalb für Deutschland im kommenden Jahr feststellen, dass keine wirtschaftlichen Ungleichgewichte mehr bestehen, so Dombrovskis. Doch überschreitet Deutschland das vereinbarte Haushaltsziel, die Neuverschuldung auf 3 Prozent der Wirtschaftskraft zu begrenzen.

Wegen der gestiegenen Staatsausgaben im Zuge der Pandemie und der wirtschaftlichen Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine hatte die EU-Kommission das Defizitverfahren bis Ende dieses Jahres ausgesetzt. Sie strebt grundsätzlich eine neue Strategie beim Schuldenabbau an. Dazu hatte EU-Kommission im Mai Vorschläge für eine Reform des Stabilitäts- und Wirtschaftspaktes vorgelegt. (pr)

Frühjahrspaket

Von der Leyen setzt auf neuen Wachstumsbegriff

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für eine Neubestimmung des Wachstumsbegriffs ausgesprochen. „In unserer sozialen Marktwirtschaft ging es nie nur um Wirtschaftswachstum. Es ging immer um die menschliche Entwicklung. Sie hatte nie ausschließlich Markteffizienz und Liberalisierung zum Ziel. Im Gegenteil: Die soziale Marktwirtschaft funktioniert im Interesse der Arbeitskräfte und der Gemeinschaft“, sagte von der Leyen in ihrer Rede auf der Konferenz „Beyond Growth“ – Über das Wachstum hinaus.

EU verdoppelt Zahl der Löschflugzeuge, um Waldbrände zu bekämpfen

Die EU hat ihre Kapazitäten zur Bekämpfung von Waldbränden aus der Luft verdoppelt. Insgesamt stehen in diesem Jahr 24 Löschflugzeuge und 4 Helikopter zur Waldbrandbekämpfung in Europa bereit. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, erklärte: „Die Zunahme von Waldbränden erfordert entschlossene und rasche Maßnahmen auch auf EU-Ebene. Ich danke all den Ländern, die sich in dieser Waldbrandsaison an einer verstärkten Reaktion der EU beteiligen.“

ZWEI FLUGZEUGE FÜR NIEDERSACHSEN

Zwei Flugzeuge der erweiterten europäischen Löschflotte kommen nach Deutschland. Die Maschinen vom Typ AT 802 haben eine Kapazität von 3.000 Litern Löschwasser und stehen in Niedersachsen am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg bereit. Zudem stellt Deutschland Feuerwehrlaute für eine schnelle Eingreiftruppe gegen Waldbrände in der EU von insgesamt mehr als 440 Einsatzkräften, die in Frankreich, Griechenland und Portugal stationiert werden. So werden im Sommer zwanzig Feuerwehrlaute aus Bayern als Einsatzreserve in Griechenland wirken. „Waldbrände sind zu einem europäischen Problem geworden. Sie haben schwerwiegende Auswirkungen auf Leben, Lebensgrundlagen und die Umwelt“, sagte Lenarčič.

Zehn Jahre europäische Einsatzzentrale ERCC

Das EU-Katastrophenschutzverfahren koordiniert seit 2001 EU-Hilfen im Notfall. Es kann im Katastrophenfall grundsätzlich von jedem Land der Welt aktiviert werden. Neben den 27 Mitgliedstaaten gehören dem Hilfsverbund neun weitere Länder an: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, die Schweiz, die Türkei und die Ukraine. Das Zentrum für die Koordination für Notfallmaßnahmen der EU – Emergency Response Coordination Centre (ERCC) – wurde 2013 gegründet. In der europäischen Einsatzzentrale in Brüssel wird auf Monitoren rund um die Uhr die Gefahrensituation weltweit beobachtet.

In der EU sind im Jahr 2022 nach einer Analyse der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission – Joint Research Center (JRC) – 837.212 Hektar Wald in Flammen aufgegangen, das ist der zweithöchste Wert seit Beginn der Erfassung durch das Satellitensystem Copernicus im Jahr 2000. Deutschland meldete im Vorjahr laut *Europäischem Waldbrandbericht* 2022 eine durch Feuer vernichtete Vegetationsfläche von 5.117 Hektar, nach lediglich 147,81 Hektar im Jahr 2021.

Allein in Sachsen wurden 2022 durch Brände rund 900 Hektar Wald



Löscharbeiten in den Bergen von Mijas, Málaga

© francisco alfonseca / Shutterstock.com

zerstört, nach 3,2 Hektar im Jahr 2021. Im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung – *Technical Support Instrument (TSI)* – fördert die EU-Kommission im Erzgebirge ein grenzüberschreitendes Pilotprojekt zur Bekämpfung und Prävention von Waldbränden.

Bei dem Vorhaben arbeiten Fachleute aus Sachsen und Tschechien mit Expertenteams aus anderen Mitgliedstaaten zusammen, um gemeinsame Lösungen in der Waldbrandbekämpfung zu erarbeiten. Teams aus Griechenland und Portugal bringen ihre langjährige Erfahrung in die Zusammenarbeit ein. So kann die Expertise in der Waldbrandbekämpfung europaweit gebündelt werden.

In ihrer *Rede zur Lage der Union* hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im vergangenen Jahr verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Waldbrandgefahr angekündigt und erklärt: „Das ist gelebte europäische Solidarität.“

Die EU-Kommission reagiert mit dem Ausbau der Kapazitäten auf die Folgen von Klimaveränderung und zunehmend trockeneren Sommern – auch im Norden Europas. So hatte eine *Studie* der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission im vergangenen Jahr vor einer der stärksten Dürreperioden in Europa in den vergangenen 500 Jahren gewarnt. Demnach sind in Europa vor allem die Po-Ebene in Italien sowie Teile Spaniens und Portugals von Trockenheit bedroht.

In Deutschland sind vor allem der Süden des Landes sowie östliche Landesteile wie Brandenburg von der zunehmenden Dürre betroffen. Lenarčič warnte: „Das Waldbrandrisiko weitete sich auf Gebiete aus, die zuvor noch nicht exponiert waren, und reichte weit über den Mittelmeerraum hinaus.“

Katastrophenschutz

EU fördert Hochsicherheitslabor in München zur Erforschung hochinfektöser Krankheiten

Auch wenn die COVID-19-Krise vorbei ist: Die Forschung rund um hochansteckende Erreger wie SARS-CoV-2, dem Virus, das COVID-19 ausgelöst hat, geht weiter. Auch durch die Unterstützung der EU-Kommission. Ulrike Protzer, Direktorin des Instituts für Virologie bei Helmholtz Munich und an der Technischen Universität München (TUM), sagt: „Wir können hier künftig State of the Art arbeiten.“ Nach dem neuesten Stand der Forschung also.



Das Helmholtz Zentrum München erhielt mit Unterstützung der EU-Kommission ein Spezial-Labor der Biosicherheitsstufe 3.

© Matthias Balk/Helmholtz Zentrum München

WHO erklärt Corona-Notstand für beendet

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation WHO begrüßt, den globalen Corona-Gesundheitsnotstand aufzuheben. Von der Leyen sagte: „Diese Pandemie hat die Menschen, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Dank entschlossener Maßnahmen auf globaler Ebene, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten sowie dank der Widerstandsfähigkeit und Solidarität unserer Bürgerinnen und Bürger konnten wir sie jedoch erfolgreich überwinden.“

SICHERE FORSCHUNG

Die neue Technik lässt sich auf dem Forschungscampus des Deutschen Forschungszentrums für Gesundheit und Umwelt, auch bekannt als Helmholtz Munich, besichtigen. Mit Unterstützung der EU-Kommission ist dort ein neues Spezial-Labor der *Biosicherheitsstufe 3* eröffnet worden, die zweithöchste für biomedizinische Labors. Fachleute wie Virologin Protzer sprechen kurz von S3. Das bedeutet unter anderem: Räume mit Unterdruck, spezielle Filtersysteme und eine strikte Luftabriegelung von der Umwelt bieten höchste Sicherheitsstandards. „Wir wissen, dass SARS-CoV-2 durch Aerosole – winzige Flüssigkeitspartikel – über die Luft übertragen werden kann. Deshalb ist eine entsprechende Sicherheits-Ausstattung des Labors so wichtig“, erläutert die Wissenschaftlerin.

Mit bis zu 18,5 Millionen Euro aus Mitteln des Corona-Aufbau-Programms *REACT-EU* fördert die EU-Kommission den Ausbau des Labors und einer Teststation in Augsburg. An beiden Standorten lässt sich damit das Projekt „PerForM-REACT“ vorantreiben. Die Abkürzung steht für Forschung an pandemischen Erregern bei Helmholtz Munich. Virologin Protzer erklärt: „Wenn neue Viren, egal ob Corona- oder Influenza-Viren, übertragen werden, löst das beim Menschen ähnliche Lungenerkrankungen aus wie bei COVID-19. Wir müssen besser verstehen, warum uns neu auftretende Viren immer in ähnlicher Art und Weise treffen und krank machen und wie wir ihre Ausbreitung über Aerosole verhindern können.“ Durch die stete Forschung ist Europa auf gefährliche Erreger künftig besser vorbereitet.

Bisher haben sie in München vor allem mit Erregern gearbeitet, die per Blut übertragen werden. Das neue S3-Labor ermöglicht auch die

sichere Erforschung von Erregern, die sich über die Luft ausbreiten. So kann etwa die Wirkung von ultraviolettem Licht auf gefährliche Viren analysiert werden. Auch die Pathogenese – der genaue Ablauf einer Infektion im Körper – lässt sich besser untersuchen. „Das Wissen über die Prozesse, die uns krank machen, aber auch darüber, wie wir die Krankheitserreger in der Luft erkennen und beseitigen können, hilft uns, breit wirksame Therapieansätze schneller zu entwickeln“, sagt Virologin Protzer.

AUCH ANDERE FORSCHER PROFITIEREN

Das neue Sicherheitslabor steht dabei nicht nur der Münchner Wissenschaft zur Verfügung. Forschungsnetzwerke, Universitäten und Unternehmen aus Deutschland und dem Ausland können das Labor am Campus Helmholtz Munich für Experimente nutzen. „Das Labor bietet beste Arbeitsbedingungen“, schwärmt Protzer.

Schon in ihrer bisherigen Arbeit profitierte die Wissenschaftlerin von der Förderung durch die EU. Nicht erst für die wichtigen Arbeiten während der Pandemie. Über das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 wird das Vorhaben *TherVacB* gefördert, um die Heilungschancen bei einer Infektion mit Hepatitis-B-Viren zu erhöhen. Protzer und ihr Team bereiten gerade erste klinische Tests für einen therapeutischen Impfstoff für die chronische Hepatitis B vor. Das Vakzin soll die Heilung ankurbeln. Mehr als 18.000 Menschen haben sich im Internet schon nach dem neuen Therapieansatz erkundigt. Protzer sagt: „Die EU hat die Entwicklung des Impfstoffs entscheidend gefördert.“ (pr)

[REACT-EU](#)

Europa in Zahlen

9,4

Millionen Menschen in der EU arbeiteten 2022 in IT-Berufen. Das entspricht 4,6 Prozent der Gesamt-Beschäftigten in der Europäischen Union – rund 1,4 Prozentpunkte mehr als 2012, wie aus Zahlen der europäischen Statistik-Behörde Eurostat hervorgeht. Den höchsten Anteil an IT-Fachkräften an der Gesamtzahl der Beschäftigten unter den EU-Mitgliedstaaten weist Schweden (8,6 Prozent) auf, gefolgt von Luxemburg (7,7 Prozent) und Finnland (7,6 Prozent). Deutschland liegt mit 5,0 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 4,6 Prozent. Mit dem *Europäischen Jahr der Kompetenzen* setzt die EU 2023 einen besonderen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung, auch in IT-Berufen.

Die EU-Kommission hatte 2022 die Jahre bis 2030 zur *digitalen Dekade* ausgerufen. Ziel ist es unter anderem, den Breitbandausbau zu fördern und die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung zu stärken.

IT-Fachkräfte

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 06.06.2023 10.00–15.30 Uhr	„Am Katzentisch der Weltpolitik? Europas Rolle nach der ‚Zeitenwende‘“ 25. Internationales WDR Europaforum 2023 Veranstalter: Westdeutscher Rundfunk Köln	BOLLE Festsäle Alt-Moabit 98 10559 Berlin	https://registration.europaforum.wdr.de/
> 06.06.2023 17.00 Uhr	„Die SPD und Europa – Ziele und Visionen für die Zukunft der europäischen (Sozial-)Demokratie“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28/29 10178 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/termine/schwarzkopf-stiftung-die-spd-und-europa-ziele-und-visionen-fuer-die-zukunft-der-europaeischen-sozial-demokratie/
> 07.06.2023 19.30–21.00 Uhr	„Krieg, Frieden und die Rolle der EU – wo stehen wir, wo wollen wir hin?“ Europäischer Salon Veranstalter: EUD, JEF Sachsen	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28720
> 12.06.2023 10.00–12.00 Uhr	„Festliche Europa-Preisverleihung“ Siegerinnen und Sieger im 70. Europäischen Wettbewerb werden geehrt Veranstalter: Europa-Union, Landeshauptstadt Wiesbaden/Rheingai-Taurus, Landeshauptstadt Wiesbaden	Rathaus von Wiesbaden Schlossplatz 6 65185 Wiesbaden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28895
> 15.06.2023 19.00–20.00 Uhr	„Handel mit Risiko? Brauchen wir neue Regeln für unsere globalen Wirtschaftsbeziehungen?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland, Europäisches Parlament - Verbindungsbüro in Deutschland	Online	www.netzwerk-ebd.de/termine/diskutier-mit-mir-e-v-handel-mit-risiko-brauchen-wir-neue-regeln-fuer-unsere-globalen-wirtschaftsbeziehungen/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ UMFRAGE

Europas Regionen für junge Menschen attraktiv machen

Einige Regionen in Europa sind mit hoher Abwanderung junger Menschen und einer schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter konfrontiert. Der Verlust junger Menschen wirkt sich nachteilig auf eine Region aus, auf ihre wirtschaftliche Entwicklung, aber auch auf ihren gesellschaftlichen Fortschritt, ihre Vielfalt und ihre Innovationsfähigkeit. Um dieses Problem anzugehen, will die Kommission herausfinden, warum junge Menschen ihre Regionen verlassen und wie Lösungen aussehen könnten. Das Projekt soll politische Empfehlungen für regionale Akteure wie lokale Entscheidungsträger, Hochschulinrichtungen und Unternehmen entwickeln, um junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren in den Regionen zu halten und anzuziehen.

Im Rahmen des Projekts hat die Kommission einen kurzen, fünfminütigen Fragebogen entwickelt, um die Push- und Pull-Faktoren zu verstehen, die bestimmte Regionen für junge Menschen in der EU haben könnten. Indem wir ihren Beitrag einholen, möchte die Kommission sicherstellen, dass die politischen Empfehlungen dieses Projekts auf ihren Meinungen und Perspektiven beruhen.

Umfrage



© Shutterstock

■ FEEDBACK GEFRAGT

Halbzeit-Bilanz der EU-Jugendstrategie

Die EU-Kommission ruft dazu auf, Feedback zur bisherigen Leistung der [EU-Jugendstrategie 2019-2027](#) zu geben. Ziel der Konsultation ist es, Informationen, Fachwissen und Meinungen aller interessierten Beteiligten einzuholen, um zu einem faktengestützten und ausgewogenen Urteil über die Leistung der EU-Jugendstrategie nach der Hälfte ihrer Laufzeit zu gelangen: Was bewegt junge Menschen und den Jugendsektor? Werden ihre Themen in der EU-Jugendstrategie aufgegriffen? Welche Inhalte fehlen? Welche Inhalte sollten aktualisiert oder neuen Entwicklungen oder Herausforderungen angepasst werden? Wie kann die Verbindung zwischen EU-Jugendstrategie und den EU-Programmen Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps weiter gestärkt werden? An der Befragung können junge Menschen teilnehmen und alle an Jugendpolitik interessierten Akteure, Akteurinnen und Einzelpersonen. Die Konsultation läuft bis zum 2. August.

Konsultation zur EU-Jugendstrategie

■ JUSTIZ

Kostenlose Rechtsberatung in deutsch-französischer Grenzregion

Um die Rechtssicherheit im täglichen grenzüberschreitenden Austausch zwischen Deutschland und Frankreich zu erhöhen, haben die Gerichte Offenburg und Straßburg sowie das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. (ZEV) im Rahmen des Projekts „Justiz ohne Grenzen“ eine neue Anlaufstelle für den grenzüberschreitenden Rechtszugang geschaffen. Diese Informations-, Hilfs- und Beratungsstelle, die unter anderem durch das europäische Programm Interreg Oberrhein finanziell gefördert wird, soll den Rechtszugang bei einem grenzüberschreitenden Rechtsproblem vereinfachen. Deutsche und französische Bürgerinnen und Bürger können sich ab sofort an die neue Kontaktstelle wenden, um mehr über ihre Rechte zu erfahren und gegebenenfalls Hilfe bei deren Durchsetzung im Nachbarland zu erhalten. Die Rechtsberatung ist kostenlos. Wer an Informationen oder einer Beratung interessiert ist, kann die deutsch-französische Kontaktstelle für Justizfragen in der Grenzregion online oder per E-Mail unter justiz@cec-zev.eu kontaktieren.

Rechtsberatung

■ THINK TWICE!

Nachhaltigkeit im Projektmanagement

Europa hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die Kreislaufwirtschaft zu fördern und die digitale Innovation voranzutreiben. Erasmus+-Projekte unterstützen diese Ziele, indem sie ökologisch nachhaltig, sozial und digital handeln. Aber wie gelingt ein ökologisch nachhaltiges Projektmanagement? Die Strategische Kooperationspartnerschaft „Think Twice!“ gibt auf diese Frage Antworten mit zwei Tools, die Projektmanagerinnen und Projektmanagern aufzeigen, wie man bereits mit kleinen Schritten ein Projekt nachhaltiger gestalten kann. Die Tools, eine Schatzkiste und ein Selbsttest helfen dabei, nachhaltige, soziale und digitale Prinzipien in den Projektmanagement-Prozess zu integrieren und die ökologische Nachhaltigkeit im Projektvorhaben stärker zu berücksichtigen. Beispiele für gute Praxis bieten darüber hinaus einen kritischen Vergleich mit dem eigenen Vorhaben.

Think Twice!



© Shutterstock